

Dokumentation

12. Treffen des Politischen Begleitkreises im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung B31 Meersburg/West – Immenstaad

12. April 2018, Friedrichshafen, Landratsamt des Bodenseekreises

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Rückblick Facharbeitskreis Verkehr
3. Verkehrsmaßnahmen im Prognosebezugsfall
4. Rückblick Dialogforum
5. Kommunikation Öffentlichkeit und Gemeinderäte
6. Ausblick / Nächster Termin

Teilnehmende

- Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
- Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis
- 1. Bürgermeister Dr. Stefan Köhler, Friedrichshafen
- Bürgermeister Volker Frede, Hagnau
- Bürgermeister Robert Scherer, Meersburg
- Bürgermeister Daniel Heß, Stetten
- Bürgermeister Georg Riedmann, Markdorf
- Bürgermeisterin Jaqueline Alberti, Daisendorf
- Bürgermeister Johannes Henne, Immenstaad
- Matthias Kühnel, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Franz Feil, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Fridtjof Ilgner, team ewen
- Dr. Christoph Ewen, team ewen

TOP 1 Aktuelles

Die Bürgermeister von Hagnau, Immenstaad und Stetten berichten über die Veranstaltungen der Verkehrsinitiativen und Umweltverbände, die in den letzten Wochen in ihren Kommunen stattgefunden haben. Sie stellen fest, dass die Interessen deutlicher vertreten und die Öffentlichkeit wacher wird, dass aber gleichzeitig Gesprächs- und Kompromissbereitschaft zu spüren ist.

TOP 2 Rückblick auf die Sitzung des Facharbeitskreises Verkehr

Der Moderator, Dr. Ewen, berichtet über die zentralen Diskussionsthemen aus der Sitzung. Es sei im Hinblick auf die Ist-Analyse des Verkehrsgutachtens vor allem um die Frage gegangen, wie man Aussagen zum Verhältnis von Transit- einerseits und Ziel- und Quellverkehr andererseits treffen könne. Und bezüglich der Prognoseansätze habe die Diskussion um anspruchsvolle aber realistische Ansätze zum Umweltverbund im Mittelpunkt gestanden. In beiden Debatten habe sich auch Prof. Monheim eingeschaltet und die Diskussion bereichert. Da die meisten Bürgermeister bei dem Termin auch dabei gewesen waren, ergänzten sie aus ihrer Sicht, dass es wichtig sei, nicht ins Visionäre abzugleiten.

TOP 3 Verkehrsmaßnahmen im Prognose-Bezugsfall 2035

Herr Kühnel, Planungsteam RP, erläutert die mittlerweile erfolgte Priorisierung der Bundesstraßenmaßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan ([s. Internet des Verkehrsministeriums](#)).

Die Maßnahmen der Stufe 1 (1.1 „im Bau“ und 1.2 „in Planung“) werden in den Prognose-Nullfall aufgenommen. Die Maßnahmen der Stufe 2.1 („Planungsbeginn bis spätestens 2025“) werden in den Prognose-Bezugsfall aufgenommen. Die Maßnahmen der Stufe 2.2 („in Planung ab 2025“) werden darüber hinaus nur bei Bedarf und bei unmittelbarem Raumbezug in einzelnen Planfällen berücksichtigt.

Dies sei auch Thema bei der nächsten Sitzung des Facharbeitskreises.

Landrat Wölfle weist darauf hin, dass aufgrund vielfältiger Verzögerungsursachen (v.a. Personalmangel, Widerstand gegen Bauvorhaben, etc.) diese Annahmen erfahrungsgemäß unrealistisch seien. Man plane mit einem Netz, das bis 2035 so nicht realisiert sein werde. Herr Kühnel entgegnet, dass dies feste Absichtserklärungen des Bundes aus dem BVWP sowie des Landes aus der erfolgten Priorisierung seien, die es im Hinblick auf eine Zielkonzeption Straße hin zu berücksichtigen gelte. Schlussendlich sei aber der Prognose-Nullfall 2035 relevant, wenn es um die Plausibilisierung und Worst-Case-Überprüfung einer Vorzugsvariante im Hinblick z.B. auf Lärm- und Schadstoffbelastungen geht. Zugleich werde in Abstimmung mit dem Gutachterbüro geprüft, ob man bezüglich einzelner Maßnahmen Mit- und Ohne-Fälle rechnen könne.

TOP 4 Rückblick Dialogforum

Dr. Ewen berichtet über das Dialogforum, in dessen Mittelpunkt ebenfalls das Verkehrsgutachten gestanden hätte. Auch hier sei es zu intensiven Nachfragen zum Verhältnis von Transit- einerseits und Ziel- und Quellverkehr andererseits gekommen. Besonders gelungen sei die Arbeit in den Kleingruppen gewesen, in denen die Vertreter des Verkehrsplanungsbüros den Zusammenhang zwischen dem fachlichen Verkehrsgutachten und dem persönlichen Verkehrsverhalten / den individuellen Erfahrungshorizonten anschaulich aufgezeigt hätten. In der abschließenden Bilanz (6. Sitzung des Dialogforums) sei deutlich geworden, dass aus Sicht von Teilnehmenden der Informationsanteil zu stark und der Dialoganteil zu schwach geworden sei. Man wolle über Konflikte und Kompromissmöglichkeiten reden, etwa den Umgang mit Eigentümern, die Fläche an die Straße verlieren. Die Bereitschaft der anwesenden Zufallsbürger, sich in einem gemeinsamen Termin der Presse zu stellen, wurde im Politischen Begleitkreis begrüßt.

TOP 5 Kommunikation Öffentlichkeit und Gemeinderäte

Die Anwesenden machen deutlich, dass die in der zweiten Jahreshälfte zu erwartende Verdichtung der Trassenvielfalt sorgfältig hinsichtlich der Kommunikation geplant werden müsse. Sie richten die Bitte an das Planungsteam sowie das Moderationsbüro, auch das Gremium der betroffenen Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräte zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder zu informieren.

Gleichzeitig sei es wichtig, dass neben den Räten und Dialoggremien auch die breite Öffentlichkeit informiert werde. Insofern begrüßten die Bürgermeister, dass Texte an die Gemeindeblätter gegangen seien, in denen über den Fortschritt des Dialog- und Planungsprozess informiert werde.

TOP 6: Ausblick / nächster Termin

Dr. Ewen gibt bekannt, dass voraussichtlich am 24. Juli der förmliche UVP-Scoping-Termin u.a. mit den Trägern öffentlicher Belange nach dem Umweltverwaltungsgesetz stattfinden wird. Einladung und Leitung des Termins erfolgen nicht durch das Planungsteam, sondern durch die Genehmigungsbehörde des Regierungspräsidiums (Referat 24). Die Öffentlichkeit ist zu diesem Termin zugelassen. Sollte im Kontext dieses Termins ein Dialogforum stattfinden, so wird auch eine Sitzung des Politischen Begleitkreises anberaumt. Ansonsten trifft man sich nach der Sommerpause wieder.